

# Warum setzen die USA verstärkt auf Drohung und Gewalt in Mittelamerika?

- Imperialistischer Drang nach Profit und Macht
- Interessen der Völker werden mit Füßen getreten
- Eine zum Scheitern verurteilte Politik

Als Reaktion auf das sich zugunsten des Sozialismus, der nationalen Befreiungsbewegung und der für Frieden und sozialen Fortschritt kämpfenden Völker verändernde internationale Kräfteverhältnis, auf die eingeschränkte Vormachtstellung der USA im imperialistischen System und die sich vertiefenden inneren Krisenprozesse haben die aggressivsten Kreise des USA-Monopolkapitals seit Mitte der 70er Jahre die Außenpolitik der USA zunehmend auf einen Kurs der Konfrontation und Hochrüstung orientiert. Mit der Wahl Reagans zum USA-Präsidenten hatten sich im Übergang zu den 80er Jahren jene Kräfte durchgesetzt, die einen raschen Machtzuwachs des USA-Imperialismus mit einer zunehmenden „Politik der Stärke“, in der der militärische Faktor einen dominierenden Platz einnimmt, zu erreichen suchen. Die USA gingen dazu über, ihr gesamtes inneres und äußeres

militärisches, politisch-ideologisches und ökonomisches Potential für die Erweiterung des Handlungsspielraumes in der internationalen Klassenauseinandersetzung wirksam werden zu lassen. Dieses Vorgehen und die damit verbundene Verschärfung der internationalen Lage beweisen einmal mehr Lenins Aussage, wonach die Aggressivität eine Grundeigenschaft des Imperialismus ist, die objektiv dem Wesen des Monopols, dem Drang nach Profit und Machtausdehnung entspringt.

Gegenwärtig entfalten die aggressivsten Kreise der USA um Reagan einen großangelegten Propagandafeldzug zur Bemäntelung ihrer Mittelamerikapolitik. Dabei ist oft von einem „notwendigen Kampf um Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Unabhängigkeit“ die Rede. Aber die Tatsachen beweisen, daß die USA in Wirklichkeit ganz andere Ziele in dieser Region verfolgen.

## Imperialismus will aus der historischen Defensive

Die Besonderheit des gegenwärtigen aggressiven Vorgehens gegenüber den national befreiten Staaten besteht einerseits darin, auf den Sozialismus orientierte oder antiimperialistische Entwicklungsprozesse zu stoppen bzw. umzukehren. Andererseits soll durch gezielte Kapitalisierung und politisch-militärische

Druckausübung die Mehrheit der Entwicklungsländer stärker als bisher in eine strategische Reserve des Imperialismus für die internationale Klassenauseinandersetzung verwandelt werden. Die Reagan-Administration ist bestrebt, proimperialistische Regierungen zu unterstützen und in den Konfrontationskurs gegen

den Sozialismus und gegen revolutionäre Veränderungen in national befreiten Staaten einzubeziehen. Wie im Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED festgestellt wurde, „sehen sich „die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ... zunehmendem Druck, direkter und indirekter Einmischung sowie offenen Aggressionsakten seitens der imperialistischen Kreise ausgesetzt. Unverhüllt als je zuvor unternehmen die USA Versuche, diese Regionen ihren Weltherrschaftsplänen unterzuordnen.“

Unter der Reagan-Administration haben die Staaten Lateinamerikas, insbesondere die Mittelamerikas und der Karibik, eine deutliche Aufwertung bei der Durchsetzung globaler strategischer Interessen der USA erfahren. Dabei geht es den USA vor allem darum, die „westliche Hemisphäre“ gegen den Vormarsch antiimperialistischer Volksbewegungen abzuschirmen, ein „Säubern und Sauberhalten“ Lateinamerikas von Einflüssen revolutionär-demokratischer Kräfte zu gewährleisten. Im Interesse der Erhaltung der lateinamerikanischen Staaten als „sicheres Hinterland“ für die Durchsetzung der USA-Globalstrategie erklärte Reagan Mittelamerika und die Karibik zur „vierten Grenze“ der USA. Zur ideologischen Absicherung dieser Politik wurde ein antiso-wjetischer und antikubanischer Propagandafeldzug eingeleitet, der die schon so oft strapazierte Bedrohungslüge auch auf diese Region projiziert.

Eng verbunden mit politisch-strategischen Zielen gegenüber der Region hat die Reagan-Administration und das hinter ihr ste-